

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Lage in Tschetschenien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist über die bedrohliche Entwicklung der Lage in Tschetschenien tief besorgt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die verantwortungsvolle Haltung, die der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen in dieser Frage von Anfang an eingenommen haben.

Der Deutsche Bundestag fordert die russische Regierung und die tschetschenischen Kämpfer auf, die Kampfhandlungen sofort und ohne Vorbedingungen einzustellen, das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung des Konflikts zu suchen, die den berechtigten Interessen Rußlands wie der Bevölkerung Tschetscheniens Rechnung trägt.

Der Deutsche Bundestag bedauert die erschreckenden Verluste von Menschenleben, die Opfer und das Leiden der Zivilbevölkerung, die die militärischen Auseinandersetzungen in Tschetschenien verursacht haben.

Die Gewaltanwendung, die Mißachtung von Menschenrechten und der willkürliche und schrankenlose Einsatz militärischer Gewalt sind unverträglich.

Der Deutsche Bundestag ist besorgt über Auswirkungen des russischen Vorgehens in Tschetschenien auf das politische Zusammenleben in Rußland und auf die Politik der Reformen, befürchtet einen Rückschlag der demokratischen Kräfte und Auswirkungen des Konflikts auf Staat und Gesellschaft.

Der Deutsche Bundestag ist weiterhin davon überzeugt, daß eine friedliche Entwicklung und der erfolgreiche Übergang zu demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Strukturen in Rußland und dessen Einbettung in ein System des friedlichen Interessenausgleichs entscheidenden Einfluß auf die dauerhafte Stabilität in Europa haben. Rußland muß in dieser Lage seine Prioritäten selbst bestimmen. Aber es muß sich darüber im klaren sein, daß eine Mißachtung anerkannter Normen internationalen und demokratischen Verhaltens nicht ohne Aus-

wirkungen auf seine eigene Zukunft und auf die Bereitschaft der westlichen Staatengemeinschaft bleiben kann, ein Netz partner-schaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO und Rußland zu spannen.

Der Deutsche Bundestag bestreitet nicht das Recht der Russischen Föderation, ihre territoriale Integrität in dem von der russischen Verfassung vorgegebenen Rahmen und unter Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte, der KSZE-Prinzipien und anderer Regeln, zu deren Einhaltung sie sich bindend verpflichtet hat, zu wahren und zu verteidigen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die russische Regierung bei dem Einsatz ihrer Streitkräfte und Waffen den jüngst vom Budapester KSZE-Gipfel angenommenen „Verhaltenskodex zu politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit“ grob verletzt. Rußland hat die Bestimmungen des Wiener Dokuments 1992/1994 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen der KSZE mißachtet.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, der EU-Ratspräsidentschaft und der OSZE, Rußland mit allem Nachdruck aufzufordern, den begonnenen Dialog innerhalb der OSZE zügig auszubauen und alle Möglichkeiten der OSZE zur Bewältigung der Krise zu nutzen.

Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß sich die Reformkräfte und die öffentliche Meinung in Rußland offen und nachdrücklich gegen die militärische Eskalation des Konflikts und die damit verbundenen Opfer unter der Zivilbevölkerung gewandt haben. Er würdigt den mutigen Einsatz des Menschenrechtsbeauftragten und Bürgerrechtlers Sergej Kowaljow.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß es in dieser Lage notwendig ist, die den Reformprozeß tragenden Kräfte Rußlands zu unterstützen und jede Möglichkeit zum Dialog und des partnerschaftlichen Einwirkens zu nutzen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die vom Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe der Bundesregierung initiierten Hilfsleistungen für Tschetschenien. Er bestärkt die Bundesregierung darin, sich unverzüglich nach Einstellung der Kampfhandlungen an Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen für die Region zu beteiligen.

Bonn, den 18. Januar 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion